
FDP Waldeck-Frankenberg

NEUREGELUNG ZUR HOLZVERMARKTUNG

12.02.2019

- Landesregierung muss endlich Probleme lösen und Pläne offenlegen
- Gebührenregelung muss im Sinne der Beteiligten transparent sein
- Öffentlichkeitsbeteiligung nicht zielführend

WIESBADEN - Zur Plenardebatte um die kartellrechtlich notwendige Neuregelung der Holzvermarktung erklärt

die forstpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag, Wiebke KNELL:

„Die Landesregierung

ist gefragt, die Probleme, die beim Rückzug des Landes aus der Holzvermarktung in Kommunal- und Privatwald

auftreten, endlich beherzt anzugehen. Insbesondere die Frage der Gebührenregelung muss auf die Agenda,

damit alle Beteiligten wissen, was auf sie zukommt. Weder dürfen die Waldbesitzer geschröpft werden, noch

die Kommunen alleine dastehen. Die Landesregierung muss ihre Pläne offenlegen.

Solange dies nicht geschieht,

erwarten wir eine unbürokratische Verlängerung der Fristen, wo das in Anbetracht der Einzelfallsituation

angebracht erscheint. Eine Öffentlichkeitsbeteiligung, wie sie die SPD fordert, können wir uns bei der

kartellrechtlich komplexen Frage der Holzvermarktung nur schwer vorstellen.“